

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

**Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten**

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bauhen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



**Unabhängige Rettung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten.**

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage  
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag d. Buchdruckerei Friedrich May & Co. m. b. H. in Bischofswerda. Fernspr. Nr. 2

**Erscheinungsweise:** Jeden Werktag abends für den folgenden Tag.  
**Bezugspreis** für die Zeit vom 5. Jan. bis 18. Jan.: Frei ins Haus vierzehntägig Mk. 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverleger und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

**Postfachkonto:** Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandskassen Bischofswerda Konto Nr. 64.**  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorforderung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreis** (in Goldmark): Die 48 mm breite einpaltige Grundzeile 20 Pfg., dreipaltige Anzeigen 15 Pfg., die 60 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 50 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Jahrtag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. — Sammelanzeigen tarifm. Zuschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 10.

Dienstag, den 13. Januar 1925.

80. Jahrgang

## Tageschau.

Die Verhandlungen des Reichsfinanzministers Dr. Luther zur Neubildung der Reichsregierung haben noch zu keinem Resultat geführt.

Der Arbeitsausschuß der deutschen Verbände veranstaltete in der Berliner Universität eine Kundgebung gegen die weitere Besetzung der Kölner Zone. In Köln veranstalteten sämtliche politische Parteien eine machtvolle Kundgebung gegen den schmachvollen Rechtsbruch.

Auf der Pariser Finanzkonferenz ist es zu einer englisch-französischen Einigung über die Schuldenfrage gekommen.

Der amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen Hughes wird am 4. März zurücktreten. An seine Stelle soll der amerikanische Botschafter in London, Kellogg, treten.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig hat gegen die Kolberger und Steiner Kommunisten zum Teil Zuchthausstrafen ausgesprochen.

Die Einkommensgrenze für Krankenversicherung ist auf 2700 Mark festgesetzt worden.

Zu den mit \* bezeichneten Meldungen finden die Leser ausführliches an anderer Stelle.

## Protestkundgebungen gegen den Rechtsbruch von Köln.

Berlin, 11. Januar. Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände veranstaltete in der Berliner Universität eine Kundgebung gegen die weitere Besetzung der Kölner Zone. Der Vorsitzende des Reichsverbandes der Rheinländer Präsident Dr. Kauffmann betonte, daß weder Gewalt noch friedliche Durchdringung, weder Zuckerbrot noch Reipfeife, Gefängnis und Ausweisung die Anhänglichkeit der Deutschen im Westen ins Wanken gebracht haben. Der 10. Januar 1925, der den ersten großen Beweis der geistigen Abrüstung und des ehrlichen Willens der Alliierten bringen sollte, habe stattdessen einen neuen Rechtsbruch, ein neues demütigendes Siegerdiktat, einen Rückfall in die Gewaltmethoden einer vermeintlich überwundenen bösen Zeit gezeitigt. Eine Welle der Entrüstung über den neuesten Vertragsbruch gehe durch ganz Deutschland, das entschlossen hinter den Landsleuten im Westen stehe, denen der 10. Januar 1925 eine namenlose Enttäuschung brachte. Laut rufe das deutsche Volk in die Welt hinaus, daß die Innehaltung der Räumungsfrist wie das ganze Rheinproblem eine Schicksalsfrage sei, mit der das große Werk der Erlösung des nach Frieden ringenden Europas stehe und falle.

Dann sprach der ehemalige Gouverneur von Deutsch-Ostafrika Dr. Schne, der an Hand der Erörterungen auf englischer und französischer Seite, vor allem auch des Generals Rollet, feststellte, daß die Alliierten selbst die völlige Entwaffnung Deutschlands in einem in der Geschichte noch nie dagewesenen Ausmaße anerkannt hätten. Die fadenscheinigen Vorwände der Rote über die Nichträumung der Kölner Zone sollten nur über die Tatsache hinwegtäuschen, daß Köln nicht geräumt würde, um den Franzosen die weitere Besetzung des Ruhrreviers zu ermöglichen. Durch ihre Zustimmung zur Aufrechterhaltung der Besetzung Kölns sichere also die englische Regierung den Zustand der Rechtslosigkeit im Ruhrgebiet, dessen Besetzung Macdonald selbst als rechtswidrig anerkannt habe. Deutschland verlange von der Welt Wahrheit und fordere seine Freiheit.

Die moralische Seite des Rechtsbruchs von Köln beleuchtete dann Universitätsprofessor D. Dehmann, der u. a. erklärte: Die Ereignisse der letzten Jahre hätten Deutschlands Gefühl für Würde und Ehre nicht abgestumpft, sondern eher geschärft. Der Rechtsbruch von Köln sei eine Verfühlung an den Volksgenossen am Rhein, ein Seelenmord und moralischer Frevel, weil er vor allem die moralische Atmosphäre der Gegenwart auf das schlimmste vergifte und die friedliche Zusammenarbeit der Völker verhindere. Den Brüdern am Rhein gelobe das deutsche Volk weiterhin die Treue. Von der Reichsregierung aber erwarte es männlichen Widerstand. Man habe gehofft, daß die neue St. Peters-Blode des Kölner Domes heute Freiheit läuten würde. Sie rufe statt dessen zur Einigkeit.

Der Deutschen Frauen am Rhein gedachte die Reichstagsabgeordnete Frau Klara Wende, die auch auf die schweren Schäden hinwies, die die fremde Besetzung für die Entwicklung der deutschen Jugend am Rhein bedeute. Einstimmig wurde eine im Sinne der Ausführungen der Redner gehaltene Entschließung angenommen, die

feierlichen Protest gegen den Rechtsbruch von Köln einlegt und in der die Reichsregierung aufgefordert wird, dem neuen Unrecht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln Widerstand zu leisten.

wth. Berlin, 11. Januar. Der Reichspräsident empfing heute nachmittag eine Abordnung des Arbeitsausschusses deutscher Verbände, des Reichsverbandes der Rheinländer und des Deutschen Frauenausschusses zur Bekämpfung der Schuldfrage, um von ihr eine Protestkundgebung gegen die weitere Besetzung der Kölner Zone entgegenzunehmen. Die Abordnung bestand aus der Reichstagsabgeordneten Frau Wende, Präsidenten Dr. Kauffmann, Erzieherin Schne, Universitätsprofessor Geheimrat Dr. Dehmann und dem Geschäftsführer des Arbeitsausschusses Dräger. Präsident Dr. Kauffmann gab dem Gefühl der Enttäuschung und Entrüstung Ausdruck, die die Verlängerung der Besetzung bei den von ihm vertretenen Verbänden ebenso wie im ganzen deutschen Volke hervorgerufen habe. In seiner Antwort wies der Reichspräsident auf das durch den Ausschub der Räumung begangene Unrecht hin und betonte, daß das im vergangenen Jahre angebahnte Vertrauen in die Loyalität unserer Vertragsgegner verloren gehen müsse, wenn diese die wenigen zu unseren Gunsten bestehenden Vertragsbedingungen nicht achteten. Er sprach zum Schluß den Wunsch aus, daß die schwere Prüfung, die das neue Unrecht dem deutschen Volke auferlege, dessen Sinn von inneren Streitigkeiten ablenken und zur einmütigen Abwehr äußerer Schwierigkeiten zusammenschließen möge.

## Massenproteste der Kölner Parteien.

Köln, 11. Januar. Zu machtvollen Kundgebungen gestalteten sich die Versammlungen, zu denen die politischen Parteien Kölns ihre Anhänger für Sonntag vormittag zum Einspruch gegen die Verlängerung der Besetzung aufgebieten hatten. Die Beteiligung war überall sehr stark.

Die **Deutschnationalen** hielten im überfüllten großen Saal des Gürzenich ihre Versammlung ab. Nach einer Ansprache, die Dr. von Dryander hielt, wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es heißt: „Die widerrechtliche Weiterbesetzung der nördlichen Zone über den gestrigen Tag hinaus erschüttert den letzten Rest des Vertrauens unseres deutschen Volkes auf die tatsächliche Durchführung der wenigen Rechte, die uns der Versailler Vertrag garantieren sollte. Wir erblicken in ihr die Gefahr einer Förderung jener auf die Lösung der Rheinlande vom Deutschen Reich gerichteten französischen Bestrebungen. In der bitteren Erkenntnis der Machtlosigkeit unseres deutschen Vaterlandes werden wir auch weiter in unverbrüchlicher Treue zum Reich und Preußen die schweren Lasten der Besetzung tragen, ohne uns zu Unbesonnenheiten durch das Verhalten unserer Gegner hinreißen zu lassen. Vor aller Welt erheben wir aber am heutigen Tage unsere Stimme, um schärfsten Widerspruch gegen das Vorgehen unserer Gegner zu erheben und es als das zu kennzeichnen, was es ist: Unrecht und Vertragsbruch.“

In der Versammlung der

**Deutschen Volkspartei** sprach in der Rede Professor Moldenhauer, der hinwies, daß wir nach dem Friedensvertrag ein Recht auf die Räumung hätten und nicht um Gnade zu bitten brauchten. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Das besetzte Gebiet hat die langen Jahre der Besetzung ertragen in dem Glauben an den endlichen Tag der Freiheit. Die Siegerstaaten aber nahmen die angeblich unzureichende Abrüstung Deutschlands zum Vorwand, um die nördliche Zone auch weiterhin zu besetzen. Kein Staat Europas ist so abgerüstet und so wehrlos inmitten waffenstarrer Nachbarn wie das angelegte Deutschland. Ruh nicht jede zukünftige deutsche Regierung an der Aufgabe verzweifeln, ein so maßlos enttäuschtes Volk je wieder zum allmählichen Aufstieg führen zu können? Wir rufen den Nachbarn von heute zu: Ueberlegt, ob dieser Weg der rücksichtslosen Gewalt der richtige ist, um die Welt zu befrieden und sie größeren Zielen entgegenzuführen. Wir Bürger am Rhein wagen noch einmal die Hoffnung auszusprechen, daß es klugen und gerechten Staatsmännern gelingt, diesen unglücklichen 10. Januar 1925 nicht zu einem schwarzen Tag in der Geschichte Europas werden zu lassen.

In der Versammlung der

**Demokraten** sprachen der Abgeordnete Ziegler und Justizrat Falk, die sich gleichfalls gegen die Behauptungen wandten, daß Deutschland noch nicht abgerüstet habe. In der einstimmig

angenommenen Entschließung wird schärfster Einspruch gegen die vertragswidrige Fortdauer der Besetzung der nördlichen Zone erhoben. — Eine ähnliche Entschließung nahm die **Wirtschaftspartei** an, wo Landtagsabgeordnete Dr. Klamt sprach.

In der **Zentrumsversammlung** im vollbesetzten Reichshallentheater sprach Redakteur Horstbach von der „Köln. Volkszeitung“. Er erklärte, es sei schmerzhaft, daß die Jahrtausendfeier der Rheinlande mit einem Protest beginnen müsse. Die Liebe zum Rhein gipfelte in der Forderung, daß der Rhein Deutschlands Strom bleibe und nicht Deutschlands Grenze wird.

Die **Sozialdemokraten** hielten am Nachmittag im Volkshaus eine Versammlung ab, in der der Redner, der Kölner Beigeordnete Dr. Reesfeld, der Versammlung eine Entschließung vorlegte, die einstimmig angenommen wurde und in der es heißt: „Die Sozialdemokratische Partei Kölns beklagt auf das tiefste, daß die nördliche Zone des besetzten Gebiets nicht, wie im Friedensvertrag vorgesehen, am 10. Januar 1925 geräumt worden ist. Die Aufrechterhaltung der Besetzung über den vereinbarten Zeitpunkt hinaus ist eine schmerzliche Enttäuschung aller Friedensfreunde. Sie erschwert die Wiederveröhnung aufs schwerste und gefährdet überdies die Durchführung der Dames-Belege.“

## Immer noch Regierungskrise.

Berlin, 12. Januar. (Draht.) Ueber die innere Lage verlaufen aus parlamentarischen Kreisen: Die Verhandlungen über die Regierungsbildung wurden den ganzen Sonntag über fortgesetzt, ohne zu einem Resultat zu führen. Durch die ablehnende Haltung des Zentrums ist eine neue Lage entstanden und es muß abgewartet werden, ob Dr. Luther seine Bemühungen um das Zustandekommen eines Kabinetts auf anderer Grundlage fortsetzen wird.

## Der Fall Höffe.

Wie bereits mitgeteilt, hat der Reichspräsident dem Reichspostminister Dr. Höffe auf dessen Antrag von seinen Ämtern entbunden. Diese Demission ist, wie den L. R. A., denen die Verantwortung für ihre Angaben überlassen bleiben muß, aus Berlin mitgeteilt wird, auf folgende Tatsache zurückzuführen:

Der Vertreter des Herrn Dr. Höffe wurde am Freitag von der Staatsanwaltschaft vernommen. Diese Vernehmung dauerte mehrere Stunden und gestaltete sich nach und nach immer dramatischer, bis schließlich so schwer belastendes Material gegen die Amtsführung des Herrn Dr. Höffe zusammengetragen und protokolliert war, daß die Staatsanwaltschaft noch in den Nachmittagsstunden in Erwägung darüber eintrat, ob es nicht geboten erscheine, einen Haftbefehl gegen Dr. Höffe zu erlassen. Die Staatsanwaltschaft hat sich ihre endgültigen Entschlüsse für den Sonntag vorbehalten. Von dem Ausgang dieser Vernehmung erhielt die Regierung sofort Kenntnis, worauf die Verabschiedung Dr. Höffes vor sich ging.

Inzwischen hat auch derselben Quelle zufolge Ministerialdirektor Dr. Abegg aus dem Ministerium des Innern einen amtlichen Urlaub auf unbestimmte Zeit erhalten. Von zuständiger Stelle wird allerdings behauptet, daß es sich hierbei um einen schon seit dem Sommer fälligen Urlaub handle, der mit den Ereignissen der letzten Tage nichts zu tun habe.

Berlin, 11. Januar. In drei Beamtenversammlungen wurden nach Mitteilung einer Korrespondenz nach schweren Angriffen gegen den Reichspostminister Dr. Höffe Entschlüsse angenommen, in denen das Strafverfahren gegen den Minister verlangt wurde. Wie verlautet, ist gegen Dr. Höffe eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft in Wehrbit eingeleitet. Es wird aber nicht mitgeteilt, von welcher Seite sie gekommen sei, deshalb ist diese Nachricht mit Vorbehalt aufzunehmen. In der Barntat-Affäre haben die Beauftragten und Sachverständigen der Staatsanwaltschaft am Sonnabend mit der Prüfung der Kreditunterlagen Barntats bei der Reichspost begonnen. Inzwischen soll sich herausgestellt haben, daß ein Teil der von Barntat gegebenen Sicherheiten völlig wertlos und ein anderer sehr großer Teil um etwa 60 v. H. überwertet sei.

## Neues Material.

Gegenüber dem vom Reichspostminister Dr. Höffe ausgegangenen „Dementi“ in der Angelegenheit des Barntats bringt der „Tag“, der bereits Freitag abend